

Herr Bundesminister Horst Seehofer
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Alt-Moabit 140 10557 Berlin

per e-mail

Berlin, 29. Mai 2020

Integrations- und Berufssprachkurse in der Coronakrise

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Integration von Zugewanderten ist ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, der in dieser Krisenzeit so nachdrücklich an Wert gewonnen hat. Die Träger der Integrationskurse nehmen sich dieser Aufgabe seit vielen Jahren verantwortungsvoll an. Aus dieser Überzeugung heraus möchten wir, die unterzeichnenden Trägerverbände, uns mit diesem wichtigen Anliegen an Sie wenden:

Seitdem die Kurse im Gesamtprogramm Sprache im März unterbrochen wurden, haben 220.000 Zugewanderte, die sich zum Zeitpunkt der Unterbrechung in Integrations- bzw. Berufssprachkursen befunden haben, keinen Präsenzunterricht erhalten. Viele von ihnen sind bereits jetzt in ihrer Lernprogression weit zurückgeworfen und haben Schwierigkeiten, ihren Lernstand zu erhalten. Je länger die Unterbrechung des Kursgeschehens dauert, desto mehr wird der Lern- und Prüfungserfolg der Teilnehmenden gefährdet.

Mit Blick auf diese Entwicklung hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf die Unterbrechung der Präsenzkurse mit der Einrichtung von „Online-Tutorien“ und „Virtuellen Klassenzimmern“ reagiert. Diese Maßnahmen sind sehr sinnvoll, um die Wartezeit bis zur regulären Fortführung der Kurse zu nutzen, und sollten als Blended-Learning-Konzepte für die Zukunft ausgebaut werden. Gleichzeitig jedoch ist eine rasche Wiederaufnahme und Fortsetzung der Integrationskurse und Berufssprachkurse in Präsenzform unabdingbar, weil sich digitales Lernen nur für einen Teil der Teilnehmer*innen eignet (insgesamt wird nur etwas mehr als ein Drittel der o. a. Teilnehmenden durch die aktuellen Online-Formate erreicht) und das gemeinsame Lernen in einem Präsenzkurs nicht vollständig ersetzen kann.

Wichtigstes Gebot für uns alle ist es, die Ausbreitung der Pandemie mit allen notwendigen Hygiene- und Schutzmaßnahmen zu vermeiden. Eine aktuelle Stichprobenerhebung bei

Kursträgern hat ergeben, dass aufgrund der in den jeweiligen Bundesländern und Kommunen geltenden Verordnungen (Abstandsregelungen, Schutzmaßnahmen) derzeit **mehr als zwei Drittel der unterbrochenen Integrations- und Berufssprachkurse nicht ohne die Anpassung von Rahmenbedingungen werden starten können**. Demnach wird die Mehrzahl der Kurse in anderen Formaten stattfinden müssen, z. B. durch Kursteilung oder Kombinationen von Präsenz- und Online-Lernen. Das erfordert erhebliche zusätzliche Aufwendungen, vor allem für Lehrkräfte, Räume und technische Ausstattung, die von den Kursträgern unter den geltenden Förderbedingungen schlicht nicht zu tragen sind. So würde eine reine Kursteilung (in Präsenz) annähernd zu einer Verdopplung der Kosten führen.

Wir Träger im Integrationssystem sind dankbar für die Entscheidung der Politik und der beteiligten Ämter, uns als Sozialdienstleister mit unter das Sozialschutzpaket (hier: SodEG) zu nehmen. Mit dem BAMF sind wir auf Arbeitsebene in einem kontinuierlichen Austausch.

Unsere Verantwortung für die weiterhin zielführende Integration der Zugewanderten wahrnehmend benötigen wir als Träger aber dringend:

- ein (bereits angekündigtes) bundeseinheitliches Rahmenkonzept mit angepassten, flexiblen Kursformaten, das unter Einhaltung aller notwendigen Schutzvorgaben eine Rückkehr in Präsenzkurse ermöglicht,
- eine Anhebung der Kursgebühren, die eine kostendeckende Durchführung der jeweiligen Kursformate gewährleistet,
- eine Pauschale, um die Aufwendungen zur Umsetzung der Hygiene- und Schutzvorschriften bewältigen zu können,
- eine unbürokratische Vorgehensweise bei der Wiederaufnahme der Integrations- und Berufssprachkurse und
- konkrete Aussagen zur raschen Wiederaufnahme der unterbrochenen Kurse sowie klare Planungsperspektiven für die (parallele) Aufnahme neuer Kurse im Regelbetrieb
und (perspektivisch) einen „Digitalpakt Weiterbildung“, um vor allem die Kursteilnehmenden mit dem notwendigen technischen Equipment ausstatten zu können.

Wir bitten Sie herzlich, sich für unser Anliegen und für eine Anpassung bzw. Erhöhung des Haushaltstitels einzusetzen. Ein gleichlautendes Schreiben ist ebenfalls Herrn Bundesminister Heil und dem Bundesamt für Migration für Flüchtlinge zugegangen.

Dieses Schreiben ist in Inhalt und Wortlaut abgestimmt mit dem DVV Deutscher Volkshochschul-Verband e.V..

Für ein persönliches Gespräch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Peter Eich
Vorstandsvorsitzender bag arbeit

Thiemo Fojkar
Vorstandsvorsitzender BBB

Marc Hentschke
Vorstandsvorsitzender EFAS

Dr. Klaus Vogt
Präsident VDP

Dr. Judith Aust
Geschäftsführerin bag arbeit

Stefan Sondermann
Bundesgeschäftsführer BBB

Katrin Hogh
Geschäftsführerin EFAS

Dietmar Schlömp
Bundesgeschäftsführer VDP